„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 26. November 1924 | 12 Seiten | Nummer 3

Henry Bourassa über nationale Einigkeit Canadas

Winnipeg. — Henri Bourassa, der berühmte französischcanadische Schriftsteller und Herausgeber der in Montreal in französischer Sprache erscheinenden Zeitung „Le Devoir", hat in Winnipeg und in St. Boniface vor großen Versammlungen über seine politischen Ideen gesprochen. Er ist ein warmer Freund eines unabhängigen Canada, das zu allen Ländern, namentlich aber zu Großbritannien und den Ver. Staaten, in freundschaftlichem Verhältnis stehen könne, aber selbst über seine Geschicke entscheiden solle. Es sei, so meint er, wertlos, über nationale Einigkeit in Canada zu reden, solange Ost und West sich in gewissen Fragen verständnislos gegenüber stehen. Man sollte im Osten nicht zögern, beim Bundesparlament für die Vollendung der Hudsons Bay-Bahn und für die Entwicklung der Verkehrsmittel zum pazifischen Ozean einzutreten.

Als ein Führer der Französischcanadier versäumte er selbstverständlich auch nicht, auf die Pflege der französischen Sprache und auf die Erziehung der Jugend in christlichem Geiste hinzuweisen. Diesbezügliche Fragen ließen sich nicht vom rein politischen Standpunkt aus lösen. Parteiinteressen dürften hier nicht allein ausschlaggebend sein.

Auch die Einwanderung aus europäischen Ländern zog er in den Kreis seiner Betrachtung. Man müsse die Einwanderer hier herzlich aufnehmen und ihnen das Einleben erleichtern, aber es dürfe nicht so kommen, daß sie dann den nächsten besten Zug nehmen, um nach den Ver. Staaten überzusiedeln.

Morgan-Anleihe an Frankreich

Paris, 24. Nov. — Senat und Deputiertenkammer billigten die Vorlage, durch welche Frankreich von amerikanischen Finanzinteressen, mit J. P. Morgan & Co. an der Spitze, 100 Millionen Dollars geliehen werden. In der Kammer ging die Vorlage mit 535 gegen 29 Stimmen durch, die Annahme durch den Senat war einstimmig. Das Ministerium Herriot war imstande, die Vorlage in beiden Häusern des Parlaments in wenigen Stunden durchzubringen.

Die Vorlage ermächtigt zur Aufnahme eines Darlehens für einen Zeitraum von 25 Jahren zu 7 Prozent Zinsen. Der Ausgabepreis der Anleihe ist 94. Der Widerstand gegen den Vorschlag beschränkte sich auf die Finanzkommissionen beider Häuser. Die 29 Stimmen, welche in der Kammer gegen die Vorlage abgegeben wurden, kamen von kommunistischen Abgeordneten. Die Regierung begründete die Notwendigkeit einer sofortigen Erledigung mit einem Versuch, die Spekulation zu verhindern, ferner mit einer Kabeldepesche von den Morgan-Interessen, wonach die Anleihe am Montag flüssig gemacht werden könne, wenn das Parlament die Vereinbarung unverzüglich genehmige.

Der vormalige Premier Poincare saß während der ganzen Debatte schweigend da, selbst als seiner Regierung vorgeworfen wurde, sie habe französisches Gold verpfändet, um die Anleihe vom März zu erlangen. Vor Beginn der Nachtsitzung des Senats hatte Poincare eine lange Unterredung mit Premier Herriot. In der Kammer beglückwünschte der frühere Handelsminister Locher und im Senat der vormalige Premier Marsal, die als bestd Finanzautoritäten im Lande anerkannt sind, die Regierung, weil ihr die Flüssigmachung der Anleihe zu so günstigen Bedingungen gelungen sei.

Neuer englischer Kurs gegen Rußland

London, 24. Nov. — Das britische Außenamt hat den Geschäftsträger der russischen Räterepublik verständigt, daß die britische Regierung nach reiflicher Erwägung beschlossen habe, die unter Ministerpräsident MacDonald mit Rußland vereinbarten Verträge dem Parlament nicht zur Annahme zu empfehlen.

In einer zweiten längeren Note teilt Außensekretär Austen Chamberlain dem russischen Geschäftsträger Christian Rakowsky mit, daß die britische Regierung die Echtheit des kurz vor der Wahl vom Außenamt veröffentlichten Sinowjew-Briefes nicht bezweifle. Im Anschluß daran wiederholt Chamberlain die von dem früheren Premier MacDonald erhobenen Proteste gegen die bolschewistische Propaganda in Großbritannien.

Die Note bezüglich der Verträge ist kurz und vermeldet trocken, die Regierung habe die Verträge durchgesehen und sei nicht in der Lage, sie dem Parlamente zur Erwägung zu empfehlen oder sie dem König zur Ratifikation vorzulegen.

Die zweite Note führt eingehend aus, daß sich die Regierung der von Rakowsky in dessen Note vom 25. Oktober dargelegten Theorie, daß der Sinowjew-Brief eine Fälschung sei, nicht anschließen könne. Diese Behauptung sei durch öffentliche russische Publikationen und durch Auslassungen der Sowjetpresse widerlegt worden. Es sei unnötig, meint Chamberlain, diesbezüglich in Einzelheiten einzugehen, da die im Besitz der britischen Regierung befindliche Information absolut keinen Zweifel über die Echtheit des Briefes lasse, weshalb die britische Regierung die Angelegenheit nicht weiter besprechen wolle.

Ferner erklärt der Außensekretär, die Beschwerden der britischen Regierung beschränken sich nicht auf jenen Brief, sondern umfassen die ganze revolutionäre Propaganda, von welcher jenes Schreiben nur ein gutes Beispiel sei. Die öffentlichen Erklärungen Sinowjews, die der ganzen Welt verkündet werden, seien ein hinreichender Beweis, für die mit Wissen und Zustimmung der russischen Regierung von der Dritten Internationale fortwährend betriebenen Propaganda und es sei dieses System, das die britische Regierung mit dem Bestreben Rußlands, mit Großbritannien in ein Vertragsverhältnis zu treten, unvereinbar halte.

Fortsetzung der Politik Dr. Seipels in Oesterreich

Berlin, 24. Nov. — Auf die Kunde von Dr. Ignaz Seipels Rücktritt als Bundeskanzler von Oesterreich und der Bildung einer neuen Regierung hat der Vertreter der N. Y. St. sich telephonisch mit der Bundeskanzlei in Wien in Verbindung gesetzt, um etwas Bestimmtes über den Kurs, welchen die neuen Männer steuern wollen, zu erfahren.

Daraufhin wurde mir mitgeteilt, daß der neue Bundeskanzler Dr. Rudolf Ramek und der neue Finanzminister Dr. Jakob Ahrer entschlossen seien, sich vollständig an Dr. Seipels erprobte Grundsätze zu halten und sich unentwegt auf den Boden des Genfer Protokolls zu stellen.

Die Sanierung der politischen und wirtschaftlichen Zustände muß, so wurde hinzugefügt, nach wie vor das oberste Ziel jeder Wiener Regierung bleiben.

Um dies Ziel zu erreichen, welches natürlich an die innere Einigkeit geknüpft ist, ist der neue Bundeskanzler entschlossen, vor allem den Konflikt zwischen der Wiener Stadtgemeinde und den österreichischen Ländern in den schwebenden Steuerfragen so bald als möglich beizulegen. Zu diesem Zwecke sollen zwischen Vertretern von Wien und der Länder Besprechungen stattfinden, für welche Dr. Ramek bereits die Beauftragten der Hauptstadt ernannt hat.

„Dieser angestrebte Ausgleich ist auch schon deswegen nötig geworden, weil sonst eine harmonische Zusammenarbeit mit dem Generalkommissar der Liga, Dr. Alfred Zimmermann, kaum möglich sein würde.

Ob die neue Regierung ihr angestrebtes Ziel erreichen kann, hängt vor allem von dem guten Willen der Sozialdemokraten ab, welche Seipels Politik manchen Stein in den Weg gelegt und nach seinem eigenen Wort viel dazu beigetragen haben, ihm den Plan, eine neue Regierung zu bilden, zu verleiden.

Besteht ein Abkommen zwischen Konservativen und Progressiven?

Frage in der Saskatchewan-Legislatur aufgeworfen

Wheat Pool und Politik

Die Debatte über die Thronrede scheint eine ziemlich lange Zeit in Anspruch zu nehmen, da in Verbindung damit von den Abgeordneten alle weltbewegenden Fragen wie Ernte, Gradierung des Weizens, Canadian National Railways, Hudsons Bay-Bahn und Crows Nest Paß-Abkommen, in die Aussprache einbezogen wurden. Nebenher ging die Erledigung von kleineren Gesetzesvorlagen.

Die in der Sitzung vom vorletzten Montag abgegebene Erklärung des Premier Dunning, daß er nicht beabsichtige, Saskatchewan zu verlassen, um einen höheren Posten einzunehmen, veranlaßte Thos. E. Gamble (Regierung, Bengough) zu der Bemerkung, daß diese Aeußerung des Premier nur auf die Mitglieder der Opposition beunruhigend wirken könne. Trotz der geringeren Ernte ist Gamble der Meinung, daß sich die allgemeine Lage der Provinz bessere. Dem stimmte auch das Oppositionsmitglied George Cockburn, Redberry, zu. George Spence (Regierung, Rotuken) sagte, es sei wohl schon viel geschehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion in Saskatchewan, aber das genüge noch nicht. Heute handele es sich darum, die Farmerzeugnisse auf dem schnellsten und einfachsten Wege auf den Tisch des Konsumenten zu bringen.

Größere Erregung löste die Mittwochssitzung aus, in der P. L. Hyde, J. M. Parker und andere Abgeordnete der Regierungsseite einen scharfen Vorstoß gegen die Progressiven unternahmen, denen der Vorwurf gemacht wurde, daß sie sich mit den Konservativen verbündet hätten, um die Regierung zu stürzen. Abgeordneter Hyde suchte den Beleg dafür zu erbringen, indem er auf die auffallende Tatsache hinwies, daß verschiedene Personalbeziehungen zwischen den beiden Gruppen bestehen. Im Hinblick auf die Ersatzwahl in Wynyard meinte der Redner, auch bei jener Gelegenheit hätten die Progressiven und Konservativen ihre Prinzipien vergessen und sich zu gemeinsamer Unterstützung vereinigt, um den Liberalen zu schlagen. In einer Versammlung habe der nominierte Konservative für Last Mountain zugegeben, daß ein Arbeitsabkommen zwischen den Konservativen und Progressiven bestehe, nach dem alle Regierungskandidaten, wo immer möglich, zu schlagen seien. Hier machte der Führer der Opposition, Harris Turner, einen Zwischenruf, in dem er dem Redner widersprach und erklärte, es bestehe in keiner Weise ein Abkommen zwischen den beiden Parteien. Hyde griff in seiner weiteren Rede nochmals die Progressiven an, deren Vertreter von Saskatoon im Unterhause zu Ottawa sich gegen die Erbauung eines neuen Sanatoriums in Saskatoon geäußert habe. Hyde begrüßte ferner die kooperative Vermarktung durch den Wheat Pool, bedauerte, daß der Wheat Pool auch schon wieder zu politischen Zwecken ausgenützt werde. Man suche unter den Wheat Pool-Mitgliedern Abonnenten für eine progressive Zeitung zu gewinnen, deren geistige Leitung in den Händen des Oppositionsführers liege.

Der folgende Redner John Meikle (Opposition, Biggar) stellte gleichfalls das Bestehen eines Abkommens zwischen den Konservativen und Progressiven in Abrede, konnte aber auf den Einwurf des Premier Dunning, daß bei der Nominierung des progressiven Kandidaten für Wynyard auch der konservative Führer anwesend gewesen sei, nichts erwidern. Die weitere Diskussion an diesem Tage drehte sich um die verschiedensten Fragen von geringerer Bedeutung.

Hon. J. G. Gardiner, der Minister für Straßenbau, schnitt in der Donnerstagssitzung die Frage noch einmal an: Ist der Saskatchewan Wheat Pool schon in die Politik verwickelt? Der Minister machte gleichfalls auf die Tatsache aufmerksam, daß man unter den Wheat Pool-Mitgliedern Abonnentenfang für eine progressive Zeitung betreibe. Er erinnerte ferner an das von Aaron Sapiro aufgestellte Prinzip, daß kein führender Mann in der Wheat Pool-Bewegung einen Posten in einer politischen Farmerorganisation oder in einer Partei einnehmen solle.

Albert Hermanson (Regierung, Canora) kam auf die einsetzende politische Zersplitterung in der Provinz zu sprechen. Man habe nicht nur Liberale, Konservative, Farmers, Progressive und Provinzialparteiler, sondern neuerdings sogar Kommunisten, die sich zum Beispiel im Norden seines Wahlkreises organisiert hätten.

Um neue Handelsverträge mit Paris und London

Paris, 24. Nov. — Die französisch-deutschen Verhandlungen um einen Handelsvertrag wurden, nach Rückkehr Dr. von Trendelenburgs, des führenden deutschen Delegierten, von Berlin, wieder aufgenommen. Gleichzeitig hatte Botschafter von Hoesch eine Besprechung mit Jaques Seydoux, dem politischen Hilfsdirektor des Auswärtigen Amts, über die politische Gestaltung der Handelsfrage.

Dem Vernehmen nach bestehen die Deutschen darauf, daß die Alliierten die von ihnen erhobenen 26 Prozent Importsteuer von deutschen Waren für Reparationszwecke fallen lassen sollten. Angedeutet wurde, ein Beharren auf dieser Steuer würde auf das Reichstagsvotum über irgendeine erzielte Handelsabmachung von Einfluß sein.

In hiesigen amtlichen Kreisen wird angenommen, die Deutschen verließen sich auf die Entschließung des Generalagenten Gilbert, sie von dieser Steuer schließlich zu entbinden und damit wäre dies Hindernis bei den Vertragsverhandlungen beseitigt. Indessen wird hier mit längerer Hinziehung der Verhandlungen gerechnet, da die Deutschen noch andere Fragen aufwerfen mögen, um möglichst günstige Handelsbedingungen zu erwirken.

England gegen Aufhebung der 26% Steuer auf deutsche Einfuhr.

London, 24. Nov. — Die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und England sind über die Frage der weiteren Beitreibung von 26 Prozent Zoll auf deutsche Einfuhr in Stockung geraten. Die britische Regierung, heißt es, ist nicht geneigt, diese Einfuhrsteuer aufzuheben, während von den Deutschen als Vorbedingung für einen befriedigenden Handelsvertrag die Beseitigung dieser Zollabgabe verlangt wird.

Das Auswärtige Amt ist auf die Ankunft der deutschen Sachverständigen in dieser Frage vorbereitet. Lord d'Abernon, der britische Botschafter für Deutschland, wird voraussichtlich anfangs Dezember zusammen mit den Deutschen nach London kommen.

Deutsche Kolonisationspläne in holländischen Besitzungen

Amsterdam, 24. Nov. — Nachdem Deutschland seiner Kolonien, die es vor dem Krieg besaß, beraubt worden ist, bemühen sich deutsche Geschäftsinteressen auf vielfache Weise, in Hollands östlichen und westlichen Besitzungen Fuß zu fassen. Ein Gesuch des Herzogs Adolph Friedrich von Mecklenburg um eine Konzession zur Ausbeutung der natürlichen Hilfsquellen von Holländisch Neu-Guinea wurde abgelehnt. Der Herzog wünschte ein Monopol von 75 Jahren, was den holländischen Behörden übermäßig erschien. Außerdem gab es andere Schwierigkeiten mit eingeborenen Arbeitern und der Kontrolle durch Weiße. Eine andere deutsche Gruppe machte dem „Telegraaf" zufolge Angebote in Verbindung mit einem großen Plan, um Zuckerpflanzungen in Holländisch-Guinea anzulegen.

Fürstentum zu verkaufen

Paris, 24. Nov. — Das Fürstentum Sagan steht noch immer zum Verkauf. Vor acht Monaten erregte der Herzog von Talleyrand, der einstige Ehemann von Anna Gould, mit dem Angebot, sein Land zu verkaufen, großes Aufsehen. Er gab eine Schrift heraus, welche das Land schildert. Wie der Herzog sagt, kamen aber nur wenige Anfragen und keine direkten Angebote. Ein amerikanischer Millionär machte Anfragen und Talleyrand setzte den Preis auf 40 Millionen Goldmark fest. Der Mann konnte das Geld vermutlich nicht aufbringen und die Verhandlungen wurden abgebrochen.

„Ich weiß nicht, ob wir verkaufen können, aber es ist nichtsdestoweniger ein prächtiges kleines Land," meinte der Herzog. Der Preis ist lächerlich billig. Talleyrand lobte die sparsamen Bewohner, die alte Hauptstadt Sagan, das schöne Rathaus mit seinen Statuen, darunter eine von Friedrich dem Großen und die Polizei, welche die beste in Europa sei. Die Bevölkerung, ungefähr 15,000, ist glücklich und zufrieden und frei von drückenden Steuern, sagt der Herzog. Er will das Fürstentum für seinen 14jährigen Sohn verkaufen, dem er es als ein Geburtstagsgeschenk gab.

Französisches Kriegsgericht verurteilt deutschen General

Lille, Frankreich, 24. Nov. — General von Nathusius, ein deutscher Offizier, der Besatzungstruppen in Nordfrankreich während des Krieges befehligte, wurde vor einem französischen Kriegsgericht schuldig befunden, wertvolle Einrichtungsstücke in seinem Quartier konfisziert zu haben und wurde zu einem Jahr Gefängnis und Zahlung der Prozeßkosten verurteilt. Die Verurteilung erfolgte mit vier Stimmen gegen drei. Das Kriegsgericht saß in der Zitadelle und die gestellte Anklage lautete auf Diebstahl, den der General bei mehreren Gelegenheiten begangen haben soll, während er sein Hauptquartier in dem Schloß Beaumont bei Roubaix hatte. Die Anklage legt dem General die Konfiskation und Beiseiteschaffung von Gemälden und Möbeln zur Last, die er aus dem Schloß weggenommen und nach Deutschland geschickt haben soll.

General von Nathusius war vor einigen Wochen in Thionville verhaftet worden, als er die Gräber von Verwandten besuchte, die im Krieg gefallen waren. Er wurde 1923 zu sechs Jahren Gefängnis in contumaciam auf Grund der gleichen Beschuldigungen verurteilt.

Deutsche Demokraten gegen Dr. Stresemann

Berlin, 24. Nov. — Theodor Wolff hat in der „Vossischen Zeitung" einen erbitterten Angriff gegen den Außenminister Dr. Stresemann unternommen und seine politische Haltung einer heftigen Kritik unterzogen. Dabei unterstreicht er besonders die politischen Halbheiten des Ministers, der bald nach rechts und bald nach links zu schwanken pflege, eine Tatsache, die sich allerdings zum großen Teil erklären läßt, weil die Regierung sich auf mehrere Parteien stützte und so immer wieder auf Kompromisse und Zickzackkurse angewiesen war.

Politische Kreise ziehen aus dem Angriff den Schluß, daß die Demokraten, welche in Wolff einen ihrer Wortführer und in der „Vossischen Zeitung" ein Hauptorgan besitzen, Stresemann's Kopf fordern werden, um seinen Posten durch einen aus ihren Reihen besetzen zu können.

Günstige Wirkung des Dawesplans

New York, 24. Nov. — Amerikanische Sachverständige in der Wiedergutmachungsfrage, die auf dem Dampfer „Homeric" nach Jahre langem Aufenthalt aus Europa zurückkehrten, gaben ihrer Ueberzeugung, daß der Dawes-Plan bereits Früchte trage und das Vertrauen zu Deutschland hergestellt habe, Ausdruck. Alle erklären, daß die Durchführung des Planes von größerem Erfolge begleitet sei, als die Leute, die denselben entwarfen, gehofft hätten. Unter den hier eingetroffenen amerikanischen Experten befindet sich auch Rufus Dawes, Bruder des kürzlich zum Vizepräsidenten erwählten Dawes. Rufus Dawes war der Chef des Berliner Büros des General-Agenten für Reparationen, ferner Owen D. Young, der die technischen Charakterzüge des Planes entwarf, H. M. Robinson von Los Angeles, unter dessen Aufsicht die Reparations-Bank stand, und Gus P. Auld, der die Rechnungsablage organisierte.

Deutschland hat alle Bezahlungen, zu denen es unter dem Dawes-Plan verpflichtet ist, bis auf den heutigen Tag geleistet. Die allgemeine Wirkung, welche die Verwirklichung des Dawes-Planes hervorrief, war so ermutigend, daß eine weitere Anleihe kaum notwendig werden dürfte. „Zwei Dinge sind es, die mich und andere, die etwas mit dem Dawes-Plan zu tun hatten, überrascht haben," sagte Owen D. Young. „Fürs Erste ist es die Leichtigkeit, mit welcher die Anwendung des Planes durchgeführt wurde, und zweitens die Einfachheit, mit welcher der Plan ausgeführt wird, und die kleine Mannschaft, die zur Ausführung des Planes erforderlich ist. Das Personal der Kommission, Clerks und Stenographisten nicht eingerechnet, wird nicht über 20 Personen betragen."

Mit Bezug auf die Wiederbelebung der deutschen Industrie sprach sich Young in folgender Weise aus: „Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen war gleich, nachdem die Ausführung des Planes begann, zu erkennen. Die Stimmung des Volkes wurde gehoben. Man faßte wieder Mut und die Zunahme der Tätigkeit auf dem Gebiete der Industrie ist vor allem der Wiederkehr der Zuversicht in die eigene Kraft und des gegenseitigen Vertrauens zuzuschreiben. Die Zuversicht des deutschen Volkes in sein eigenes Können nimmt zu."

Was die politischen Verhältnisse des Landes anbelangt, so ist, wie Young wahrgenommen zu haben behauptet, „ein Zug auf Seiten der Nationalisten nach der Zentrumspartei hin, die ihrem Programme nach im Wesen und Geist demokratisch ist, wahrnehmbar".

Attentat auf britischen Befehlshaber in Aegypten

Kairo, Aegypten, 24. Nov. — Von 3 oder 4 Aegyptern wurde auf den Generalmajor Sir Lee Stack, den Serdar (Oberbefehlshaber) der ägyptischen Armee, ein Attentat verübt. Zuerst wurde gegen den Kraftwagen, in dem der Serdar mit seinem Adjutanten fuhr, eine Bombe geschleudert, der mehrere Revolverschüsse folgten. Der Serdar wurde schwer verwundet und auch sein Adjutant, sowie der Chauffeur des Wagens und ein Polizist erlitten Verletzungen. Die Angreifer entkamen.

Ein größeres Unglück wurde dadurch verhütet, daß die Bombe nicht explodierte. Die Angreifer liefen hinter dem Wagen des Serdars her und feuerten unzählige Schüsse ab. Einer der Attentäter lief, als ihm seine Munition ausgegangen war, über die Straße und holte sich von einem Spießgesellen Patronen. Er kehrte sich dann um und schoß auf einen Polizisten, der die Angreifer verfolgte. Hierauf sprangen die Attentäter in einen Kraftwagen und fuhren davon.

Der Serdar wurde durch drei Schüsse verwundet, der Adjutant erhielt einen Schuß in die Brust und der Chauffeur zwei Schüsse.

Premier Zaglul und andere Mitglieder des Kabinetts sprachen in der Residenz des Serdars vor und drückten ihr tiefes Bedauern und ihren Abscheu über die Tat aus. Der Premier war in großer Aufregung.

Im Laufe des Tages gelang es, den Lenker der Taxameterdroschke, in dem die Attentäter entflohen waren, zu verhaften. Auf die Ergreifung der Verbrecher wurde von der Regierung eine Belohnung von 10,000 Pfund ausgesetzt.

Nach einer Konferenz mit dem König erklärte Premier Zaglul, daß die Regierung alles aufbieten werde, um die Attentäter zu ermitteln. In einer Proklamation wird die Bevölkerung aufgefordert, die Behörden zu unterstützen.

Generalmajor Sir Lee Stack wurde im Jahre 1919 zum General-Gouverneur des Sudans und zum Serdar der ägyptischen Armee ernannt. Im Jahre 1922 wurde Aegypten die Unabhängigkeit zugestanden, aber vereinbarungsgemäß blieb die ägyptische Armee unter britischer Kontrolle.

Der Serdar ist am Tage nach dem Attentat seinen Verletzungen erlegen.

Ein Schwindel-Skandal großen Maßstabes

Berlin, 24. Nov. — Ein erstaunlicher Skandal der Inflation und Intrige nach der Kriegszeit wurde hier aufgedeckt. Schöne russische Tänzerinnen, Balkanregierungen und Profitgeier sind darin unentwirrbar verwoben. Fast stündlich bringt die Untersuchung neue Enthüllungen. Der Skandal entstand aus der angeblichen Bestechung von Walter Bartels, Vorstand der Auslandabteilung im Berliner Polizeipräsidium.

Die Enthüllungen zeigen, wie Profitmacher mit geringem Kapital Millionen ergatterten, ferner wie das preußische Finanzministerium einen dieser Spekulanten schützte, wie die preußische Staatsbank Millionen von Goldmarks für zweifelhafte Unternehmungen hergab, wie die rumänische Regierung an einem dieser Schiebergeschäfte beteiligt war und die hübsche Russin „Tamara" den Vorstand Bartels in die Maschen des russischen Spielernetzes verstrickte.

Bartels war bei Ausstellung von Erlaubnisscheinen an Ausländer, die in Deutschland bleiben wollten, fast allmächtig. Diesem Skandal gingen Enthüllungen über große Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Alkoholhandel voraus.

Bartels beschützte den russischen Händler Holzmann bei zweifelhaften Unternehmungen. Bartels hatte auch ein Privatkonto, welches Holzmann für ihn in einer diskreten Bank hinterlegte. Der Polizeibeamte behauptet jetzt, er habe dieses Konto für Holzmann während der Abwesenheit des Russen verwaltet. Holzmann erhielt besonderen Polizeischutz durch Bartels. Ein Beamter namens Rote half anscheinend bei den Kreditgeschäften, indem er sich zu Gunsten des Russen für einen deutschnationalen Abgeordneten ausgab.

Bei Schwindelgeschäften ergatterte Holzmann von einem anderen Russen Kutsiker viele Tausende von Marks und wurde von diesem bloßgestellt. Kutsiker genoß ebenfalls Polizeischutz und hatte leichten Zutritt zur preußischen Staatsbank. Sie lieh ihm auf fragwürdige oder nicht vorhandene Sicherheiten mindestens 20 Millionen Goldmark. Einen Teil davon lieh dann Kutsiker zu übermäßig hohen Zinsen aus.

Waffenstillstand in Marokko?

London, 24. Nov. — Der „Daily Mail" wird aus Spanien gemeldet, daß zwischen Spanien und Abd el Krim, dem Führer der marokkanischen Streitkräfte, eine Vereinbarung getroffen wurde, nach der, sobald die spanischen Truppen auf ihrem Rückzug aus den bisherigen Kampfstellungen gewisse Punkte erreicht haben, ein Waffenstillstand abgeschlossen werden soll.

Die Depesche setzt hinzu, dieser Waffenstillstand würde einen unheilvollen Krieg beenden, der seit 1893 im Gange war.